Überwachung des Fahrzeugparks des Betriebes auf Verkehrssicherheit, bei der Verbesserung der Verkehrsdisziplin mitwirken.

7. Bei der Schaffung neuer Straßen und Wohnblocks, Wege und Plätze muß die zu erwartende Verkehrssituation mehr als bisher berücksichtigt werden.

8. Um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, ist die Verkehrsbeschilderung zu verbessern. An den wichtigsten Verkehrsschwerpunkten sind selbstleuchtende oder reflektierende Beschilderungen anzubringen. Besonders sind die Vorfahrtszeichen („Vorfahrt auf der Hauptstraße beachten“ und „Halt! Vorfahrt auf der Hauptstraße beachten“) als leuchtende Schilder aufzustellen. Weiterhin ist an der Anbringung von beleuchteten Wegweisern, insbesondere in geschlossenen Ortschaften und auf Straßen mit vorrangiger Bedeutung, weiterzuarbeiten.

9. Die Abt. Handel und Versorgung muß die HO- und Konsum-Gaststätten verpflichten und die privaten Gaststättenbesitzer anhalten, daß sie in ihrem Warenangebot rechtzeitig und ausreichend, entsprechend der Jahreszeit, alkoholfreie Getränke zum Verkauf anbieten. Das dort tätige Personal muß darauf achten, daß Führer von Kraftfahrzeugen während der Fahrtspausen keine alkoholischen Getränke zu sich nehmen.

10. Die Leiter der volkseigenen Betriebe sind anzuweisen, dafür zu sorgen, daß die in ihrem Betrieb tätigen Kraftfahrer und sonstigen Kraftfahrzeugbesitzer an den im Betrieb regelmäßig zu organisierenden Verkehrsschulungen teilnehmen. Als Lektoren sind geeignete Kräfte (Fuhrparkleiter usw.) aus dem Betrieb heranzuziehen. Die erforderliche Anleitung dieser Lektoren wird von den VP-Kreisämtern, Abt. Verkehrspolizei, vorgenommen. Der Bezirkstag beauftragt die Räte der Kreise und Stadtkreise, den Beschluß des Bezirkstags zur Verbesserung der Verkehrsdisziplin auszuwerten und für ihre Territorien konkrete Maßnahmen festzulegen.

Der Bezirkstag beauftragt die Ständigen Kommissionen Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz, Landwirtschaft, Verkehr, Handel und Versorgung, Volksbildung, die Durchführung des Beschlusses des Bezirkstags laufend zu kontrollieren. Er beauftragt den Rat des Bezirks, in Verwirklichung des Beschlusses alle erforderlichen Maßnahmen auf Bezirksebene einzuleiten und zu beschließen.

Der Bezirkstag Karl-Marx-Stadt hat in seiner zweiten Sitzung im Januar der Vorlage zugestimmt und sie beschlossen. Damit wurde eine Grundlage für die wirksame Bekämpfung der Verkehrskriminalität durch die Einbeziehung der örtlichen Organe geschaffen.

HEINZ KLITZSCH,

Staatsanwalt des Bezirks Karl-Marx-Stadt

Ernste Versäumnisse des Bezirksgerichts Magdeburg bei der Unterstützung der sozialistischen Entwicklung der Landwirtschaft

Die Aufgabe, die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft aktiv zu fördern, wurde den Organen der Justiz nicht erst gestern und heute gestellt. Aber gegenwärtig, wo mit der Vorbereitung der VI. LPG-Konferenz auch die Fragen der rechtlichen Ausgestaltung der inner- und außen-genossenschaftlichen Beziehungen in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt sind, besteht für unsere Richter und Justizfunktionäre besonderer Anlaß, sich kritisch mit der bisher auf diesem Gebiet geleisteten Arbeit auseinanderzusetzen.

Im Bezirk Magdeburg waren auf bestimmten Gebieten der Entwicklung Schwächen festgestellt worden. Teilweise hatte fehlender Staltraum zu einem Zurückbleiben des Schlachtviehaufkommens geführt. Der Bezirkstag faßte daher auf einer seiner letzten Tagungen im vergangenen Jahr Beschlüsse, die die Behebung der festgestellten Mängel zum Ziel haben.

Man sollte meinen, daß das Bezirksgericht von diesen Aufgaben nicht unberührt blieb, zumal eine Richterin zugleich Bezirkstagsabgeordnete ist und an dieser Beschlüßfassung mitgewirkt hat. Aber nichts dergleichen geschah. Weder wurde die Tagung in einer Dienstbe-

sprechung ausgewertet noch gab es irgendwelche Beschlüsse, wie man die eigene Arbeit in LPG-Sachen verbessern könnte. Dabei zeigt die Praxis des Bezirksgerichts, daß hierzu reichlich Veranlassung wäre.

Anstatt gerade die LPG betreffende Verfahren vordringlich zu behandeln, werden sie regelrecht verschleppt und in die Länge gezogen. Als Beispiel hierfür kann die Sache 2 BC 40/58 dienen. Es handelt sich um den Anspruch einer LPG gegen eine kapitalistische Einkaufs- und Liefergenossenschaft auf Zahlung der vereinbarten Vertragsstrafe wegen nicht gehöriger Erfüllung eines Bauauftrages für Stallungen.

Klageerhebung: am 26. März bei dem KrG Stendal, die Forderung übersteigt 3000 DM.

Am 15. April urschr. m. A. an das Staatliche Vertragsgericht zur Stellungnahme, ob sich das Vertragsgericht für zuständig hält (offenbar für das KrG die einzige Möglichkeit, sich über diese Rechtsfrage Klarheit zu verschaffen).

Am 16. Mai — vier Wochen später — Bescheid vom Vertragsgericht, wonach es sich für unzuständig erklärt.

Inzwischen hat das KrG festgestellt, daß die Forderung die Summe von 3000 DM übersteigt. Am 19. Mai 1958 erfolgt deshalb Anfrage bei der Klägerin, ob zuständigkeitshalber an das Bezirksgericht verwiesen werden soll.

Die LPG will schnell zu einem Ergebnis kommen und beantragt deshalb kurzfristig die Verweisung an das Bezirksgericht. Aber erst nach weiteren vier Wochen, am 18. Juni, ergeht ein Beschluß über die Verweisung an das Bezirksgericht.

Am 15. Juli, also nach weiteren vier Wochen, Eingang der Akte bei dem Bezirksgericht Magdeburg.

Am 21. August, also nach abermals fünf Wochen (!), erste Verfügung des Bezirksgerichts, wonach Abschrift des Schriftsatzes der Verklagten der Klägerin übersandt wird mit der Frage, ob die Klage zurückgenommen wird(!). Das Bezirksgericht war offensichtlich von der dreisten Argumentation der kapitalistischen Verklagten beeindruckt.

Eine Woche später Entgegnung der LPG: die Klage wird aufrechterhalten. Daraufhin — sieben Wochen später! — am 18. Oktober Terminanberaumung auf den 30. Oktober. Hier ergeht ein Beweisbeschluß, von dem gesagt werden kann, daß er umfassend und gründlich war.

Am 13. November 1958 ergeht schließlich ein Urteil, demzufolge die LPG obsiegt. Die Sache war somit vier Monate beim Kreisgericht und nochmals vier Monate beim Bezirksgericht anhängig, obwohl hierfür nach der Sachlage keinerlei Ursache bestand, vielmehr das Verfahren — wie es ja schließlich auch geschah — nach erfolgter Beweisaufnahme sofort entschieden werden konnte. Das ganze Verfahren hätte in allerhöchstens sechs Wochen durchgeführt werden können.

Mit keinem Wort hat das Bezirksgericht die fehlerhafte Arbeitsweise des Kreisgerichts kritisiert; es hat keinen Kritikbeschluß erlassen und auch keinen Berichtsbogen ausgefüllt, der zum Signal für die Justizverwaltungsstelle hätte werden können!

Leider handelt es sich hierbei nicht um einen Einzelfall. Auch andere Verfahren, an denen LPG beteiligt waren, wie 2 BC 30/58, 2 BC 36/58 und 2 BG 31/58, wurden so schleppend behandelt.

Es ist an der Zeit, daß sich die Richter des Bezirksgerichts der Verantwortung bewußt werden, die sie als Mitarbeiter des höchsten Organs der Rechtsprechung im Bezirk für die Verwirklichung der Beschlüsse der Volksvertretung tragen, der sie sich demnächst zur Wahl stellen wollen.

Aufgabe der Justizverwaltungsstelle wird es sein, insbesondere die Arbeitsweise der Zivilsenate zu überprüfen und die Richter des Bezirksgerichts bei der Entwicklung eines solchen Arbeitsstils zu unterstützen, der ihnen die Zeit dafür läßt, mit der Justizverwaltungsstelle gemeinsam die Kreisgerichte anzuleiten und dort für die Behebung ähnlicher Mißstände zu sorgen.

WOLFGANG WEISE,

Hauptinstrukteur im Ministerium der Justiz.